



Hannover, 17. März 2016

Antrag: „Keine Zusammenarbeit mit der AfD“

Der Studentische Rat lehnt jegliche Zusammenarbeit oder Kontaktaufnahme mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) sowie den Junge Alternative Hochschulgruppen oder anderen AfD-parteinahen Hochschulgruppen sowie in diesen Strukturen organisierten Personen ab und fordert den AStA dazu auf ebenso zu handeln.

Darüber hinaus sieht der Studentische Rat den AStA der Universität in der Pflicht, über die Gefahren, die von der AfD ausgehen, insbesondere in der Hochschulpolitik, aufzuklären.

Begründung:

Die AfD und ihre Jugendorganisation fallen immer häufiger durch besorgniserregende Aussagen auf. Rassismus, Sexismus und Homophobie sind innerhalb der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei an der Tagesordnung.

Doch auch die öffentlich kaum diskutierten Ansätze für Hochschulpolitik der AfD stehen sämtlichen Positionen und Beschlüssen der Verfassten Studierendenschaft Hannover konträr.

Die AfD sieht beispielweise in Studiengebühren "das Potenzial (...) Hochschule und Studenten in ein anderes, von größeren Respekt und Zugehörigkeitsempfinden geprägtes Verhältnis zu setzen und den Qualitätswettbewerb bezüglich der Lehre zwischen den Hochschulen zu intensivieren." (sic!). Weiterhin dürfen laut der AfD "maßvolle zentral erhobene Semestergebühren als direkte Investition in die Lehre des jeweiligen Fachbereichs (...) kein Tabu sein." Passend dazu fordert die AfD Bremen die Kopplung von BAföG an die Regelstudienzeit.

Darüber hinaus stellt sich die AfD gegen eine Demokratisierung der Hochschulen. Sie fordert stattdessen, dass "die Gemeinschaft der Professoren (...) die Geschicke der Universität leiten" sollen.

Diese Forderungen münden in einem größeren Wettbewerb der Hochschulen

untereinander sowie in einer "Entstaatlichung" des Hochschulwesens. So sei es "erforderlich, dass einige deutsche Universitäten auf internationale Spitzenpositionen vorrücken". Dabei soll es allerdings nur "eine geringe Zahl Spitzenpositionen" geben. Weiterhin setzt sich die AfD gegen die "Massenuniversität" und für ein "angemessenes Niveau" ein.

Bezüglich der "Entstaatlichung" fordert die AfD die Überführung der staatlichen Hochschulen in Stiftungen: "Deshalb sollte das Modell einer Überführung von Universitäten in Stiftungen bürgerlichen Rechts erwogen werden".

All dies wird mit der "Entlastung der Hochschulen von staatlicher Bürokratie" begründet und als "Einstieg in eine bessere Hochschulpolitik" propagiert.

Die AfD möchte weiterhin den Hochschulzugang schließen und Erfolgsmöglichkeiten minimieren. So sollen "Meister ohne Abitur oder Techniker und Absolventen von Fachschulbildungsgängen (...) nur studieren dürfen, wenn die Aufnahmeprüfung mindestens Abiturniveau haben". Zusätzlich soll es nur an Universitäten ein Promotionsrecht geben. So könnte nur hier "das für eine anspruchsvolle Promotionsleistung notwendige disziplinäre und interdisziplinäre Forschungs- und Lehrangebot zur Verfügung" gestellt werden.

Weiterhin lehnt die AfD Quoten auch im Hochschulbereich ab. Sie fordert eine Austrittsoption für Studierende aus der Verfassten Studierendenschaft und lehnt einen studentischen Tarifvertrag ab.

Schlussendlich sieht die AfD in studentischen Verbindungen und Burschenschaften wichtige Verbündete: "Damit sind Burschenschaften keine Feinde, sondern – im Gegenteil – eine Säule der freiheitlich-demokratischen Grundordnung." Hierbei heißt es weiterhin: "Wer an der Zugehörigkeit eines Amtsträgers zu einer Studentenverbindung Anstoß nimmt, offenbart intolerante und ideologisch verzerrte Weltsicht, von der eine größere Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgeht als von jeder Studentenverbindung."

Quellen:

Bundestagswahlprogramm der AfD

Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen, Thüringen, Bremen, Hamburg

<http://patriotische-plattform.de/blog/2014/06/16/erklaerung-der-patriotische-plattform-studentenverbindungen-sind-ausdruck-von-bildung-demokratie-und-patriotismus/>